

Eberhard Schneider
Anne Schneider

SCHÖNE INSEKTENWELT

Ihre Vernichtung und was wir
dagegen tun können



Inhaltsverzeichnis



Warum wir dieses Buch geschrieben haben	9
Die Zerstörung der Natur und unserer Lebensgrundlage	11
Das Sterben der Arten	11
Betrachtungen über die Wahrheit	15
Unwahre Worte	17
<i>Wo liegt der Planet der »Um«-Welt?</i>	19
<i>Frei laufende Hühner, lokal produziert und veggie</i>	21
<i>Wen oder was schützt »Integrierter Pflanzenschutz«?</i>	21
<i>Wer stirbt beim Insektensterben?</i>	23
Wir waren einmal ... Teil der Natur	25
<i>Baumgeister und Hackschnitzelharvester</i>	25
<i>Exzeptionalistisches Denken und Handeln</i>	29
<i>Was Hänchen nicht lernt ...</i>	37
<i>... lernt Hans nimmermehr</i>	40
»Schädlinge« und »Nützlinge«:	
Umsetzung lebensfeindlicher Konzepte	43
<i>Besuch bei den Garten- und Teichfreunden</i>	44
<i>Die Anfänge der Vernichtung der Insektenwelt</i>	47
<i>Die Wirkung wird zur Ursache</i>	53
Grenzenlose Insektenvernichtung	55
<i>Herbizide</i>	58
<i>Insektizide</i>	67
<i>»Ökologische« Tötung und Vernichtung</i>	69
<i>Logik der Vergiftung</i>	71
Gleichgewicht und Vielfalt in der Natur	
<i>There's no business like show business</i>	75
Dynamische Zerstörung und zaghafte Erhaltung	75
<i>Die Kämpfer für die »Artenvielfalt« und der Wolf</i>	76
<i>Wachsweiche Forderungen</i>	79

Geschützt und nichts genützt	81
<i>Wer oder was wird wie geschützt?</i>	81
<i>Göttinger Gelehrtenmonologe – wer weiß was?</i>	95
<i>Der Falter des Jahres, oder: Der Rest ist Schweigen</i>	97
<i>Alles legal</i>	101
<i>»Landwirtschaft im Umbruch«?</i>	104
<i>Nachrichten vom Lande</i>	104
Zusammenfassung: Nicht wassergesättigt im Sinne der Düngeverordnung	108

Die Erde als sich selbst steuerndes System.

<i>Es kommt auf jeden Einzelnen an</i>	110
Vielfalt und Gleichgewicht:	
Natürliche Ödnisse versus human bedingte Ödnisse	110
Gleichgewicht und Selbststeuerung in der Natur	111
Kausalität als Ursache der Selbststeuerung	112
Der Motor der Evolution	113
<i>Gute Bekannte, oder: Der Kopf in der Tüte</i>	116
<i>Cha-Cha-Cha in den Wallanlagen</i>	117
Der Motor der Evolution II:	
Auf sich selbst gestellt	118
Für jeden findet sich ein Platz	119
Eingriffe in die Natur und Größenwahn	119
Die Rentabilität der Vielfalt?	120

Grundlagen einer naturfeindlichen Wirtschaft

<i>Ausschaltung der Marktkräfte</i>	122
Finanzielle Förderung der Naturzerstörung	123
Niedrige Lebensmittelpreise als Folge massiver Subventionen auf Kosten der Natur	124
Die Zerstörung der Natur als gutes Geschäft:	
Externalisierung von Kosten	127

Nichtstun und Almosen	130
Gleichförmigkeit und Standardisierung von Produkten als Marktbegrenzung	133
Der Markt als Möglichkeit einer freien evolutionären Entwicklung	136
Die Notwendigkeit der Insubordination	140
Evolution und individuelle Freiheit	142
Schluss: Was können wir tun?	144
Forderungen zum Schutz des Lebens	146
Anhang:	
Die Schönheit der Natur und meine Arbeit mit der Kamera	
<i>Anne Schneider</i>	150
Sich selbst überwinden und den Zugang zur Natur finden	150
Die technische Ausrüstung	151
Routinen beim Fotografieren	152
Verschiedene Maßstäbe	153
Das Objekt als Subjekt	154
Storybirds und Sandgruben	154
Nachwort	157
Anmerkungen	158

Gleichgewicht und Vielfalt in der Natur

There's no business like show business



Dynamische Zerstörung und zaghafte Erhaltung

Die meisten Menschen würden sich als Natur- und Tierfreunde bezeichnen, und sie sind es auch. Es gibt unzählige Beispiele für naturnah gestaltete Gärten, Initiativen im örtlichen Umfeld, die Bienen und Insekten retten wollen, die Blühstreifen anlegen, sich für Natur- und Landschaftsschutzgebiete einsetzen und auch versuchen, politischen Rückhalt dafür zu bekommen.

Am Beispiel der Wolfspolitik und der verschiedenen »Schutzgebiete« sollen einige Fragen aufgeworfen werden, die diese vielen positiven Ansätze in den größeren Zusammenhang der wirklichen »Kriegsschauplätze« stellen und den Erfolg aller gut gemeinten Bemühungen eher zweifelhaft erscheinen lassen, da die offiziellen Intentionen sich als systematische Täuschungsmanöver erweisen mit dem Ziel einer Beibehaltung und sogar Ausdehnung des Vernichtungsfeldzuges gegen die Insektenwelt.

Inzwischen zeichnet sich ab, dass die Agrarindustrie angesichts der vielen Berichte über die zweifelhaften Methoden der Landwirtschaft unruhig wird und versucht, mit einer Imagekampagne das Blatt zu wenden. Zu diesem Zweck stellen sie Landwirte in den Vordergrund, die Menschen »wie du und ich« verkörpern und durch diese Personalisierung Verständnis für die Probleme des Agrarsektors wecken sollen.

Die Kämpfer für die »Artenvielfalt« und der Wolf

Es müsste an sich jeden Naturfreund stutzig machen, dass auf der einen Seite eine große Propagandamaschine für die Wiederansiedlung des Wolfs aufgebaut wurde und wird, wobei Stellen für Wolfsberater geschaffen wurden und der Staat seine Macht einsetzt (Polizei und Justiz, andere Behörden und Ministerien), um die Ansiedlung des Wolfes gegen die Bedenken vieler Menschen durchzusetzen, während die Insektenwelt weiterhin ungestraft vernichtet werden darf. Nach dem ersten Aufschrei über die Ergebnisse der Krefelder Entomologen ist es auf staatlicher Ebene sehr ruhig geworden, nur in Städten und Gemeinden und auf privater Ebene hat sich das Engagement immer weiter verstärkt, weil viele einzelne Menschen etwas tun wollen.

Da der Wolf seit mehr als 100 Jahren in Deutschland nicht mehr aufgetreten ist, gehört er ganz formal zu den invasiven Arten, deren Einführung gründlich geprüft werden muss. Ist das geschehen? Wohl eher nicht. Die behauptete Diversifizierung der Arten muss nicht unbedingt eine Folge seiner Wiedereinführung sein. Vielleicht geht es ausschließlich um wirtschaftliche Gründe, denen ein Naturschutzmäntelchen umgehängt wird.

Ein Blick ins benachbarte Schweden kann einiges verdeutlichen. Das Land hat bei der Wiederansiedlung der Wölfe eine Vorreiterrolle gespielt. Als Argument diente und dient immer wieder ein durch dieses Raubtier angeblich gewährleistetes Gleichgewicht in der Natur. Gerne werden Überpopulationen von Rehwild als Beispiel für die notwendige Aufgabe des Wolfes angeführt. Warum verwendet der schwedische Staat eine solche Entschlossenheit darauf, die Raubtiere landesweit zu verbreiten und zu schützen?

Die Antwort lässt sich mit großer Wahrscheinlichkeit finden, wenn man die wirtschaftlichen Folgen der Wiedereinführung des Wolfes betrachtet und sich die Profiteure anschaut: Die großen Waldgebiete des Landes dienen in erster Linie als Rohstoffquelle für die Zellulose- und Papierindustrie des Landes, die zugleich selbst riesige Waldflächen besitzt. Dieses industrielle Waldeigentum sowie die Waldgebiete anderer großer Eigentümer wie der Staat, die Kirche und andere, die die gefälltten Bäume

an die Industrie verkaufen, streben einen möglichst hohen Ertrag an, der aber durch Rotwild und vor allem durch Elche um durchschnittlich zehn Prozent vermindert wird, da diese Tiere gerne die jungen Triebe der Nadelbäume verspeisen. Landwirte mit eigenen Wäldern und Jagdrechten nehmen dagegen die Fraßschäden am Waldbestand ebenso wie in den Haferfeldern (Hafer ist eine Lieblingsspeise der Elche!) in Kauf, weil sie durch das Jagdvergnügen und das Fleisch der erlegten Tiere entschädigt werden.

Wölfe greifen aber nicht nur Wildtiere an, sondern suchen sich ihre Beute auch bei den Viehzüchtern, die Rinder, Schafe oder Ziegen auf ihren Weiden stehen haben. Wolfsangriffe auf das eigene Vieh sind für die Züchter nur sehr kostspielig zu verhindern, mit vielen bürokratischen Umständen verbunden, und sie können letztlich den Landwirt in die Resignation und Aufgabe treiben.

Acker- und Waldflächen sind kein nachwachsender Rohstoff, die Preise steigen, und die Spekulanten müssen sehen, wie sie sich etwas aneignen können. Die Lösung wird weltweit praktiziert und ist unter dem Begriff »Landgrabbing« bekannt, ein modernes »Bauernlegen«, denn ebenso wie in historischen Zeiten geht es darum, kleinere Eigentümer zugunsten des großen Kapitals zur Aufgabe zu treiben. Umso vorteilhafter für die Nutznießer, wenn diese Entwicklung als bedauerliches Nebenprodukt einer wichtigen Mission zur Erhaltung der Artenvielfalt dargestellt werden kann.

Inzwischen ist der Wolf in Norddeutschland angekommen, und die Unruhe unter den Viehzüchtern steigt. Prinzipiell gilt das für Schweden Gesagte: Es ist teuer und zu bezahlbaren Kosten faktisch unmöglich, Wolfsangriffe auf Schafs- oder Rinderherden zu verhindern. Deshalb wird sich vermutlich eine steigende Wolfspopulation simultan in einer anwachsenden Zahl von Betriebsaufgaben niederschlagen. Das könnte im Interesse der großen Agrarkonzerne sein, die mit riesigen Maschinen riesige Flächen bewirtschaften wollen.

Die Ansiedelung des Wolfes soll die Artenvielfalt in der Natur sichern, sie wird aber eher ihre weitere Verringerung beschleunigen, besonders im Bereich der wirbellosen Tiere, da Weideflächen in Ackerland umgewandelt werden. Welche Bedeutung das hat, soll nicht wiederholt werden.

Zwei Feuerwanzen sind
auf dem Samengewirr
einer Löwenzahnblüte
mit der Paarung beschäftigt.



Wir sehen, dass der Rückgang der Insekten um 80 Prozent nicht nur keine Notmaßnahmen der Regierung auslöst, keine Strafandrohungen gegen die Freunde der Giftspritzen, sondern dass durch die Wolfspolitik der EU indirekt auch das Vernichtungsprogramm gegen die wirbellosen Tiere und die von ihnen lebenden Vögel, Reptilien und kleinen Säugetiere noch weiter verschärft wird.

Das Gesetz über Naturschutz und Landschaftspflege (Bundesnaturschutzgesetz) stellt in Paragraph 40, »Ausbringen von Pflanzen und Tieren«, fest: »Das Ausbringen von Pflanzen in der freien Natur, deren Art in dem betreffenden Gebiet in freier Natur nicht oder seit mehr als 100 Jahren nicht mehr vorkommt, sowie von Tieren bedarf der Genehmigung der zuständigen Behörde.« Diese Bestimmung beruht auf der Kenntnis der Probleme, die invasive Arten mit sich bringen. Sie stören ein bestehendes Gleichgewicht, und ihre Einführung bedarf unbedingt einer sorgfältigen Prüfung aller Umstände und möglichen Folgen.

Dieser Paragraph lässt keinen anderen Schluss zu, als dass es sich bei der Wolfsfrage um eine staatliche Aktion auf höchster Ebene handelt, die seit 1992 konsequent betrieben wurde, und es stellt sich die Frage, warum kein entsprechendes Engagement für die Insektenwelt zu verzeichnen war und ist, deren Bedeutung für die Natur aus unserer Sicht wesentlich bedeutender ist als die der Wölfe. Wir wollen und können die Wolfsfrage nur unter diesem Aspekt betrachten. Unsere Ausführungen bedeuten nicht, dass wir Wolfsfeinde sind. Alle kritischen Hinweise sind nicht als definitive Antworten, sondern nur als Anregungen für eigene Recherchen und Überlegungen des Lesers gedacht.

Wachsweiße Forderungen

Der Naturschutzbund NABU stellt unter der Überschrift »Wie können wir die Insekten retten« einen Forderungskatalog auf, der sich folgendermaßen liest:

»Der NABU fordert angesichts des alarmierenden Zustands der Insekten, bundesweit möglichst schnell ein dauerhaftes und flächendeckendes Insektenmonitoring aufzubauen. Dadurch könnten gefährdete Populationen zukünftig besser lokalisiert werden, um rechtzeitig Gegenmaßnahmen einzuleiten.

Zudem sind eine Reform des Pestizid-Zulassungsverfahrens und eine stärkere Beachtung des Vorsorgeprinzips auf EU-Ebene, also Umweltschäden von vornherein zu vermeiden und zu verringern, längst überfällig. Zukünftig sollten zum Beispiel die negativen Effekte von Pestiziden, die durch unsachgemäße Anwendung auftreten können, berücksichtigt werden. Darüber hinaus müssen der Schutz landwirtschaftlicher Begleitflora und -fauna und ihre Effekte auf Insekten, Vögel und Säugetiere viel stärker berücksichtigt werden. Die Bundesregierung benötigt ambitionierte, verbindlich festgesetzte Ziele zur Pestizidreduktion mit konkretem Zeitplan. Auch sollte die Erforschung zur Wirkung alternativer Pflanzenschutzmaßnahmen im Rahmen integrierter Pflanzenschutzmethoden finanziell viel stärker gefördert werden.

Eine weitere entscheidende Rolle spielt die Ausrichtung der EU-Agrarpolitik. Öffentliche Gelder sollten Landwirte nur dann bekommen, wenn sie dafür auch öffentliche Leistungen erbringen. Konkrete ökologische Leistungen der Landwirtschaft sollten ausreichend honoriert und zugleich umweltschädliche Anreize und Subventionen beendet werden. Ebenso wichtig ist es, den ökologischen Landbau weiter auszubauen, da auf diesen Flächen viel weniger Pestizide eingesetzt werden dürfen. Des Weiteren sollte der Einsatz von Pestiziden in und um Schutzgebiete grundsätzlich untersagt werden.«⁷³

Vergleicht man diese zahnlosen Forderungen mit der Vehemenz des Einsatzes für das Raubtier, ergibt sich auch die Frage, warum all diese Aufgaben – das Insektenmonitoring, eine Reform des Pestizidzulassungsverfahrens und eine stärkere Beachtung des Vorsorgeprinzips auf EU-Ebene und alle anderen genannten Maßnahmen – nicht ebenso wie die langfristige, generalstabsmäßige Einführung der invasiven Art »Wolf« schon vor nahezu 30 Jahren gestartet wurden.

Und die Regierung handelt doch! Am 5. September 2019 war in der Zeitung zu lesen: »Die Landwirtschaft in Deutschland soll mit einem strengeren Insektenschutz und neuen Anreizen umweltfreundlicher werden. Das Bundeskabinett beschloss dafür am Mittwoch ein Paket von Regelungen, das ein Verbot des besonders umstrittenen Unkrautgifts Glyphosat ab Ende 2023 vorsieht. [...] Pflanzenschutzmittel, die der biologischen Vielfalt schaden, sollen ab 2021 in Naturschutzgebieten und

anderen geschützten Zonen tabu sein. Der Bund will pro Jahr zudem 100 Millionen Euro zusätzlich als Förderung geben. Die Anwendung von Glyphosat soll zum Stichtag 31. Dezember 2023 verboten werden. Dann läuft auch die Genehmigung in der EU inklusive Übergangsfrist aus, wenn die EU-Staaten sie nicht erneut verlängern.«⁷⁴

Zunächst wird das Verbot um weitere fünf Jahre hinausgeschoben, ob jedoch die Übergangsfrist nicht verlängert wird, steht in den Sternen.

Geschützt und nichts genützt

In Deutschland finden wir »Schutz«-Maßnahmen in vielfältiger Form: »Um«-Weltschutz, Tierschutz und Naturschutz. Der Bezugsmaßstab für die Bewertung dieser Bewegungen ist für uns die Frage: Haben sie dazu beigetragen, die Vernichtung der Insektenwelt zu verhindern? Diese Fragestellung ist sehr begrenzt, doch steht sie stellvertretend für die Frage nach dem Zustand der Natur überhaupt. Da Insekten die zahlreichsten Lebewesen auf der Erde sind und untereinander sowie auch zu Spinnen, Amphibien, Vögeln, Fischen und Säugetieren in einem engen Beziehungsgeflecht stehen, ist ihr »Verschwinden« ein Zeichen für die zunehmende Unbewohnbarkeit des Planeten.⁷⁵

Wer oder was wird wie geschützt?

Wenn ein Kriminalist den Fall der verschwundenen Insekten untersuchen würde, könnte er sehr schnell zu der Vermutung gelangen, dass ein derart gigantischer Verlust auf Ursachen zurückzuführen sein muss, die wiederum auf einer umfangreichen stofflichen Einwirkung in einem sehr großen geografischen Gebiet beruhen muss. Es können nicht nur die Windschutzscheiben der Autos sein oder die Fliegenklatsche auf der Veranda, die die Wirbellosen ihr Leben kosten.

Ein Blick auf die Flächennutzung in Deutschland zeigt, dass Land- und Forstwirtschaft ohne weitere Untersuchungen als Hauptverdächtige für das Insektensterben gelten dürften. Die von ihnen genutzte Fläche beanspruchte 2014 mehr als 82 Prozent der gesamten Landesfläche Deutschlands.⁷⁶ Wenn beide in irgendeiner Weise so wirtschaften würden, dass sie den Insekten überhaupt eine Lebensgrundlage bieten könnten, wäre das

»Insektensterben« nicht möglich, selbst wenn die Einflüsse der bebauten und der vom Verkehr genutzten Gebiete äußerst negativ wären. Da aber Wasserflächen, Erholungsflächen und zu einem gewissen Maße »Flächen anderer Nutzung, darunter Friedhöfe und Unland«, die zusammen etwas weniger als fünf Prozent der Gesamtfläche beanspruchen, nicht zu den für Insekten besonders gefährlichen Gebieten gehören, sondern ihnen eher förderlich sind, konzentriert sich der Verdacht noch stärker auf Land- und Forstwirtschaft. Da Freiflächen an Wohngebäuden inzwischen auch häufiger naturnah gestaltet sind, können sie vielfach als Zufluchtsorte für Insekten angesehen werden, aber sie müssen einfach machtlos sein gegenüber der schieren Größe und damit Relevanz der Land- und Forstwirtschaft.

Der Vergleich der Größenverhältnisse zeigt, wie gering die Flächen sind, die überhaupt einem »schützenden« Status zugerechnet werden können. Er zeigt jedoch nicht das Ausmaß des gebotenen »Schutzes«, das je nach Anspruch sehr unterschiedlich ist. Um es gleich vorwegzunehmen, wir sind überhaupt gegen jegliche gesonderte Schutzmaßnahmen und Schutzgebiete, die propagandistisch großartig zu Täuschungszwecken aufgeblasen werden, die aber tatsächlich von ihrem Umfang und Schutzwert her unbedeutend sind, während die großen Gebiete einer rücksichtslosen Ausbeutung, Vergiftung und Zerstörung anheimfallen. Das heißt freilich nicht, dass diese »Schutz«-Gebiete ersatzlos aufgehoben werden sollen.

Natur in ihrer ursprünglichen Form gibt es kaum noch. Seit ungefähr 6.000 Jahren ist die Landschaft fortlaufend umgestaltet und immer stärker nutzbar gemacht worden. Wie wir oben skizziert haben, setzte die stärkste Veränderung in der Mitte des 18. Jahrhunderts ein, die eine kleinräumige Kulturlandschaft mit insgesamt extensiver Bewirtschaftung und überwiegend Mischwäldern in eine großflächige Acker- und Weidelandschaft mit teilweise angrenzenden Industriebäulern überführt hat. In dieser agrarindustriellen Landschaft findet sich für alle traditionell noch erinnerbaren Pflanzen und Tiere kein Raum mehr, da sie auf maximalen Gewinn ausgerichtet ist, der zwanghaft zum Beispiel den Anbau von Mais verlangt, der als Kind Lateinamerikas Wärme braucht und wegen des späten Auflaufens seiner Saat ein Totgespritzen aller konkurrierenden Pflanzen

zur Voraussetzung hat. Und da die Flächen für die Ernährung Hunderttausender dicht gedrängt stehender Kreaturen in der Massentierhaltung nicht ausreichen kann, ist zusätzlich der Ankauf von Futtermitteln aus Übersee für die zukünftigen Brathähnchen und Schweinekoteletts notwendig, deren Exkremente aber entsorgt und auf Weiden und Äckern ausgebracht werden müssen, wo diese Überdüngung viele Naturkräuter erstickt und das Grundwasser vergiftet.

Es reicht nicht aus, einen minimalen Teil der Gesamtfläche unter einen mitunter zweifelhaften Schutz zu stellen. Dagegen sind verschiedene Maßnahmen zu ergreifen und Forderungen gegenüber der Land- und Forstwirtschaft durchzusetzen, die eine eher kleinräumige, abwechslungsreiche, unvergiftete und nicht überdüngte Kulturlandschaft zum Ziel haben, in der eine jeweils größtmögliche Vielfalt in der Pflanzen- und Tierwelt entstehen kann. Da diese Maßnahmen allen Menschen zugutekämen, müsste die Land- und Forstwirtschaft für ihren Dienst an der Allgemeinheit angemessen bezahlt werden.

Umweltschutz

Der »Umweltschutz« – der Absurdität des Begriffs haben wir uns ja bereits angenommen – hat den Natur- und Tierschutz an Popularität weit überflügelt. Umweltschützer sind unter anderem besonders besorgt über die Klimasituation auf der Erde, steigende Meeresspiegel und die Feinstaubentwicklung von Dieselmotoren. Deshalb fordern sie zum Beispiel Fahrverbote für Dieselfahrzeuge.

An die Stelle der Dieselfahrzeuge sollen elektrisch betriebene Wagen treten,« die umweltfreundlicher« sein sollen. Wir haben vor vielen Jahren gelernt, dass laut dem Zweiten Hauptsatz der Thermodynamik Wärme niemals von einem Körper niedriger Temperatur zu einem Körper höherer Temperatur übergeht. Energie (Wärme) ist in jeglichem Treibstoff in konzentrierter Form vorhanden und bleibt auch nach der Verbrennung erhalten, sie lässt sich jedoch nicht mehr oder nur mit großem Aufwand aus einem Zustand geringer Konzentration wiedergewinnen. Wie soll die Energie (der Strom) in konzentrierter Form für die Elektrofahrzeuge gewonnen werden? Der traditionelle Weg besteht in der Umwandlung fossiler Stoffe (Kohle, Erdöl) in elektrische Energie. Es wäre aber geradezu

irrsinnig, wenn Erdöl in Strom verwandelt würde, um Fahrzeuge anzutreiben. Es bleiben also nur die »umweltfreundlichen« Alternativen: Energie aus Windkraft, Wasserkraft oder als Sonnenenergie. Selbst unter der Annahme einer günstigen und ausreichenden Menge von aus diesen Quellen erzeugter Energie ist es fraglich, ob der materielle und energie-mäßige Gesamtaufwand für Elektroautos nicht vergleichbar groß ist wie der für Fahrzeuge mit fossilen Treibstoffen.

Eine Zeit lang gab es eine starke Propaganda des Staates und der Umweltschutzorganisationen für den Einsatz von »Biodiesel«, der zwar teurer war, aber ein Fahren mit gutem umweltpolitischen Gewissen versprach. Vor diesem Hintergrund hat die EU 2003 das Biokraftstoffquotengesetz beschlossen und seither fortlaufend angepasst.

Zunächst wurde ein jährlich zu erhöhender Mindestanteil von Biokraftstoff in Otto- und Dieselmotoren festgelegt, aber diese relative Quote wurde 2015 gestrichen. Statt direkte Mengenfestlegungen wird nun eine stufenweise Reduzierung des Treibhausgasanteils in den Treibstoffen gefordert: um drei Prozent ab dem Jahr 2015, 4,5 Prozent ab dem Jahr 2017 und um sieben Prozent ab dem Jahr 2020.⁷⁷ Diese Quoten wurden in den Jahren 2010 bis 2015 nicht erreicht.

2016 wurden in Deutschland über vier Millionen Tonnen E-10-Benzin und Biodiesel abgeliefert.⁷⁸ Es handelt sich bei den Mengen an »Bio«-Kraftstoffen mitnichten um Peanuts, sondern um Faktoren, die neben anderen einen bestimmenden Einfluss auf das Leben von Menschen, Tieren und Pflanzen haben. Da empfinden wir es als tröstlich und Hoffnung erweckend, dass viele Menschen nicht einverstanden sind: »Ein weiterer Grund für die mangelnde Akzeptanz sind ethische Bedenken der Verbraucher aufgrund der Konkurrenzsituation zwischen Nahrungsmittel- und Kraftstoffherstellung (Stichwort ›Tank-Teller-Debatte‹), denen die Biokraftstoff-Nachhaltigkeitsverordnung der Bundesregierung gegenübersteht. Nach einer Umfrage von Infratest dimap von März 2011 hielten 69 Prozent der Befragten es nicht für vertretbar, aus Pflanzen Kraftstoff für Autos zu gewinnen.«⁷⁹

Bereits hier wird deutlich: Umweltschutz steht im Widerspruch zum Schutz der Natur, da er sich energiepolitischen Zielen verpflichtet fühlt! Und so klingt die Propaganda: »Zu Land, zu Wasser und in der Luft: Bio-

kraftstoffe können für den Antrieb von Motoren in Pkw, Lkw, Schiffen oder auch Flugzeugen eingesetzt werden. Dafür stehen unterschiedliche Biokraftstoffe zur Verfügung wie Biodiesel, Pflanzenöl, Bioethanol, Biogas und in Zukunft auch synthetische Biokraftstoffe. Biokraftstoffe reduzieren die CO₂-Emissionen im Verkehr. [...] Biokraftstoffe werden in Deutschland hauptsächlich mit heimischer Biomasse erzeugt: Der hierzulande verbrauchte Biodiesel kommt vor allem vom Rapsfeld.«⁸⁰

Der Anbau von Pflanzen für die energetische Verwertung wird als Erfolg des Umweltschutzes gefeiert, doch bedeutet er vorrangig eine Intensivierung industrieller Anbaumethoden, verbunden mit dem massiven Einsatz von Herbiziden und Insektiziden. Die bayerische Landesanstalt für Landwirtschaft etwa zählt unter der Überschriften »Standardbehandlungen« die zahlreichen Präparate auf, mit deren Hilfe der Winterraps üblicherweise angebaut wird. Die hier benannten Herbizide hätten beispielsweise den Vorteil, »gegen Ehrenpreis, Hirtentäschel, Klatschmohn und Storchschnabel-Arten« zu wirken, ebenso gegen Kamille und Kornblume.⁸¹ Auch *top agrar*, die auflagenstärkste deutsche Agrarzeitschrift, berichtet unter der Parole »Raps: Nutzen Sie die Herbizidpalette sinnvoll«: »Das Hauptwirkungsspektrum sind Kamillearten, Kornblume, Mohnarten und Disteln.«⁸²

Dabei sind Kornblumen bei vielen Insekten wegen ihres Nektars beliebt. Hierzu zählen die tagaktive Gammaeule, Großer und Kleiner Kohlweißling, Hecken- oder Rapsweißling, Kleiner Fuchs, Kleine Kleilfleckschwebfliege und Schnauzenschwebfliege. Dazu kommen die Hautflügler, die Pollen und Nektar sammeln, wie die Dunkle Erdhummel, Steinhummel, Gartenhummel, Ackerhummel und Waldhummel, Wildbienenarten wie die Pelzbienenart, Furchenbienenarten, Keulhornbienenarten und eine Mauerbienenart.⁸³ Auch Kamille, Mohn und Disteln sind für das Überleben vieler Insektenarten wichtig, denen durch die Vernichtung dieser Wildkräuter die Lebensgrundlage entzogen wird.

Der land- und forstwirtschaftliche Anbau von energetisch genutzten Pflanzen und Bäumen steht in direktem Gegensatz zur Erhaltung einer Vielfalt in der Natur und zur Vermeidung der Boden- und Wasservergiftung. Die energetische Verwertung von sogenannter Biomasse bedeutet ebenfalls eine Verarmung der Böden, da biogene Rest- und Abfallstoffe

nicht im land- und forstwirtschaftlichen Kreislauf verbleiben, sondern diesem entzogen werden.

Zu dieser Art der rücksichtslosen industriellen Ausbeutung passen allerdings die immer zahlreicheren Windkraftanlagen, die jede Vorstellung absurd erscheinen lassen, es handle sich noch um eine traditionelle Kulturlandschaft, die für menschliche Bedürfnisse gedacht ist. Umweltschutz ist zu einer Methode der Irreführung über die wirklichen Ziele industrieller Akteure geworden, die zum Teil weltweit agieren und ihre Aktivitäten ausschließlich unter dem Gewinnspekt sehen – und die Menschen vor Ort sind ihnen dabei häufig im Weg.

So formierte sich etwa im niedersächsischen Dorf Wilstedt heftiger Protest, ehe dort im Jahr 2009 ein Windpark in Betrieb genommen wurde. Die Bürger sammelten Unterschriften, demonstrierten, argumentierten im Gemeinderat vehement gegen das 30-Millionen-Euro-Projekt. Die Betreiberfirma hat daraus gelernt: Der zweite Windpark vor Ort soll unter Einbeziehung der Bevölkerung konzipiert werden.

Das bedeutet: Die Bewohner sollen wie Esau ihr Erstgeburtsrecht gegen ein Linsengericht eintauschen: »Jakob sprach: So schwöre mir heute. Und er schwur ihm und verkaufte also Jakob seine Erstgeburt. Da gab ihm Jakob Brot und das Linsengericht, und er aß und trank und stand auf und ging davon. Also verachtete Esau seine Erstgeburt.« (Gen 25,33–34) Oder in der Version des 21. Jahrhunderts: Die Betreiberfirma wpd verspricht, falls das Projekt realisiert werden kann, einen 20-prozentigen Rabatt für Strombezieher aus der Region, die Möglichkeit zur Beteiligung an einem »Bürgerwindrad« und 20.000 Euro für die Bürgerstiftung.⁸⁴ Der Umgang mit den vielen betroffenen Anwohnern, deren Lebensqualität zugunsten der Gewinnerzielung weniger Personen verschlechtert werden soll, erfordert einen höheren Aufwand, den man sich als Betreiber gerne ersparen würde. Wie viel angenehmer gestaltet sich dagegen der Umgang mit Freunden: »Der erste kommerzielle deutsche Offshore-Windpark Baltic 1 in der Ostsee wurde von wpd entwickelt, [...] und am 2. Mai 2011 durch Bundeskanzlerin Angela Merkel feierlich in Betrieb genommen. Am 8. September 2015 wurde der von wpd gebaute Windpark Butendiek mit 80 Windenergieanlagen [...] unter Beisein des ehemaligen Bundesumweltministers Jürgen Trittin in Betrieb genommen.«⁸⁵

Das ist die Bundeskanzlerin, deren Regierung 2017 dafür gesorgt hat, dass das vermutlich krebserregende Mittel Glyphosat weitere fünf Jahre in Europa eingesetzt werden darf: ein Geschenk an den Chemiekonzern Bayer, der den Glyphosathersteller Monsanto ein Jahr später übernommen hat.

Die Stadt Bremerhaven hatte ihren Flugplatz mit einer Fläche von ungefähr 100 Hektar zugunsten der Ansiedlung von Firmen aufgegeben, die zur Offshore-Windkraft-Branche gehören. Inzwischen steht sie vor einem Scherbenhaufen. Der Chef der Wirtschaftsförderungsgesellschaft BIS, Klaus Mündelein, warnte in einem Interview mit Blick auf einen neuen Wasserstoff-Goldrausch: »Die Erkenntnis aus der Offshore-Energie muss man übertragen und sagen: Wir sollten nicht noch einmal eine neue Technologie in den Markt einführen, die noch gar nicht marktreif ist. Da bedarf es intensiver Forschung und Entwicklung, die über Bundesprogramme finanziert werden muss, aber nicht über die Preise für den Endkunden.«⁸⁶

Da der Widerstand gegen Windkraftanlagen zunimmt, will die SPD diesen mit einem »Windbürgergeld« brechen. »Zugleich will die SPD die Möglichkeiten einschränken, mit Klagen Windräder zu verhindern. ›Langatmige Planungsprozesse wie jetzt werden wir uns nicht mehr erlauben können, wenn wir die enorme Transformation bewältigen wollen«, sagte [der stellvertretende Fraktionsvorsitzende] Miersch. Deswegen werde man ›über eine Reform des Planungsrechts reden, also über höhere Hürden, gegen die Windkraft vorzugehen«. [...] Die Grünen, die im Bundesrat bei vielen Gesetzen mitreden können, begrüßten Mierschs Vorstoß.«⁸⁷

Man sieht an diesen Beispielen deutlich, dass der »Umweltschutz« häufig mit dem Schutz der Natur unvereinbar ist und allzu oft, ob gewollt oder ungewollt, dem Greenwashing kommerzieller und politischer Projekte dient.

Naturschutzgebiete: Des Kaisers neue Kleider

In Deutschland gibt es fast 9.000 Naturschutzgebiete, die eine Fläche von etwa 1,4 Millionen Hektar einnehmen – das entspricht rund vier Prozent der gesamten Landesfläche. Allerdings sind 60 Prozent aller Natur-

schutzgebiete kleiner als 50 Hektar. Diese kleineren Gebiete sind besonders stark von ihrer Umgebung beeinflusst und beispielsweise nicht ausreichend gegen Entwässerung oder Nährstoffeintrag abgesichert.⁸⁸ Bei den drei größten Naturschutzgebieten, die insgesamt 46,5 Prozent der Fläche aller Naturschutzgebiete ausmachen, handelt es sich um Meeresgebiete: die Östliche Deutsche Bucht mit über 313.000 Hektar, die Pommersche Bucht mit über 200.000 Hektar und das Nordfriesische Wattenmeer mit rund 138.000 Hektar.⁸⁹

Das Naturschutzgebiet Östliche Deutsche Bucht sei, so das Bundesamt für Naturschutz, »für die Seevögel in der südlichen Nordsee von besonderer Bedeutung. Seine Unterschutzstellung dient der dauerhaften Erhaltung und Wiederherstellung dieses einzigartigen Meeresgebietes in seiner Funktion als Nahrungs-, Überwinterungs-, Mauser-, Durchzugs- und Rastgebiet für viele bedrohte Vogelarten. Dies gilt insbesondere für Sterntaucher, Prachtaucher, Zwergmöwe, Brand-, Fluss- und Küstenseeschwalbe sowie für die regelmäßig auftretenden Zugvogelarten, besonders für Sturmmöwe, Heringsmöwe, Eissturmvogel, Basstölpel, Dreizehenmöwe, Trottellumme und Tordalk. In der Schutzgebietsverordnung werden umfangreiche Schutz- und Erhaltungsziele für diese Arten festgelegt.«⁹⁰

Nun ist es sicher sinnvoll, auch Seegebiete zu schützen, doch dafür wäre ein Verbot der Überfischung, der Einleitung von Abwässern und mit Düngemitteln und Giften überfrachtetem Oberflächenwasser von landwirtschaftlichen Flächen viel sinnvoller, da diese Maßnahmen die Lebensfähigkeit der Meerestiere und -pflanzen beeinflussen. Die vom Ministerium zitierten Vogelarten stehen weit oben in der Nahrungspyramide, ihre Beute – größere und kleine Fische – sind wiederum auf Klein- und Kleinstlebewesen im Meer angewiesen. Die Verschmutzung der Ostsee ist so stark, »dass das Bodenleben [...] zu großen Teilen nur noch aus Bakterien besteht – alle anderen Lebewesen gibt es nicht mehr. Und das heißt wiederum, dass auch die Fische kein Futter mehr finden. Außerdem bilden sich dort Organismen, die für den Menschen giftig sind. Im Extremfall hieße das: Badeverbot in der Todeszone! Schuld daran sind Gülle und Dünger aus der Landwirtschaft, die über Grundwasser, Bäche und Flüsse ins Meer gelangen.«⁹¹

Entsprechend im Jahre 2015 vorgenommener Bewertungen von Wasserflächen (sogenannten Wasserkörpern) in Übergangs- und Küstengewässern durch Landesbehörden Schleswig-Holsteins, Niedersachsens, Bremens und Hamburgs sind »von den 44 [in der Ostsee untersuchten] Wasserkörpern 15 als ›mäßig, 14 als ›unbefriedigend‹ und 15 als ›schlecht‹ eingestuft worden. Keiner der Wasserkörper erreichte den guten oder sehr guten Zustand«, berichtet das Umweltbundesamt. »Insgesamt wurde der ›gute ökologische Zustand‹ der Ostsee verfehlt. Dies resultiert überwiegend aus dem übermäßigen Eintrag von Nährstoffen über die Flüsse, der küstennah zu Eutrophierungseffekten führt.«⁹²

Man kann es wirklich kaum fassen: Ein Meeresgebiet, das – ökologisch gesehen – kaum noch unter den Lebenden weilt, wird nach außen frisch als die junge Braut »Naturschutzgebiet« herausgeputzt, während unter der Wasseroberfläche Tod und Verwesung herrschen und ein ständiger Gift- und Güllestrom von den Agrarflächen ins Meer fließt und ihm den Rest geben wird. Das erinnert an Bertolt Brechts *Legende vom toten Soldaten*, in der eine Schar von Nutznießern des Krieges den Leichnam zurück in die Schlacht geleitet, als Symbol für die Fortsetzung des Gemetzels.

Die Ostsee ist das am stärksten verschmutzte Gewässer der Welt, und die »sauerstoffarmen, lebensfeindlichen Bereiche in der Ostsee [haben sich] stark ausgeweitet. Von 5.000 Quadratkilometern vor 110 Jahren sind sie auf mittlerweile auf 60.000 Quadratkilometer angewachsen. Diese Fläche ist dreimal so groß wie Sachsen-Anhalt und damit die weltweit größte Todeszone menschlichen Ursprungs. Weder Fische noch andere Meeresbewohner können sich in diesen Todeszonen aufhalten, ihr Lebensraum ist dadurch drastisch geschrumpft. Die Eutrophierung gefährdet die biologische Vielfalt, beeinträchtigt das Aussehen der Küste und verringert die Fischbestände.«⁹³

Hier wird deutlich, dass der Status als »Naturschutzgebiet« oder Vogelschutzgebiet illusorisch und im Grunde betrügerisch ist, da die Grundlagen für einen Schutz der Meeresgebiete auf dem Lande liegen in der Änderung der Agrar- und Forstwirtschaft.

Als Kuriosität soll nicht unerwähnt bleiben, dass auch die Parlamentarische Geschäftsführerin und naturschutzpolitische Sprecherin der

grünen Bundestagsfraktion Steffi Lemke etwas zu bemängeln hatte: »Der Meeresschutz in Deutschland verkomme zum ›Etikettenschwindel‹. Offensichtlich ignoriere die Bundesregierung weiterhin ›die Brisanz von Klimakrise, Artensterben und Naturzerstörung‹ [...].« Der Grund für die Aufregung lag jedoch nicht in den oben genannten Fakten, sondern in der Absicht des Bundesumweltministeriums der SPD-Ministerin Svenja Schulze, »bloß eine einzige Planstelle für den Meeresschutz zu schaffen. Von einer ›effektiven Absicherung der Naturschutzgebiete in Nord- und Ostsee‹ könne somit keine Rede sein, schreibt Lemke in einem Brief an die Ministerin.«⁹⁴

Der Spielplan des Staatstheaters setzt auf die Komödie, wo sich doch eine Tragödie in der Natur abspielt. Bereits zu einem früheren Zeitpunkt hatten die Laiendarsteller von acht deutschen Umweltverbänden ihre Stimme im Chor erhoben, um das Ministerium mit ihrem Lobgesang über die Schutzgebietsverordnung der verdreckten Ostsee zu erfreuen, die sie als »einen wichtigen ersten Schritt zum Schutz der Artenvielfalt an den Küsten« bezeichneten. Diese selbst ernannten Naturlobbyisten forderten gleichzeitig »ein klares Management und effektive Kontrollen [...], damit der Schutz von Nord- und Ostsee nicht nur auf dem Papier stehe«.⁹⁵

Was tatsächlich notwendig wäre, nämlich sofortige Schritte einzuleiten, um die Überdüngung und Vergiftung der Böden zu beenden, wird nicht einmal in Erwägung gezogen. Stattdessen Phrasen, die wie Falschgeld eingesetzt werden, und der gnadenlose Kampf um Versorgungsstellen. »Wie eine einzige Planstelle des höheren Dienstes die sechs Meeresschutzgebiete vor Norddeutschlands Küsten managen, überwachen und kontrollieren soll«, ist der Einsatzleiterin für die Schaffung zusätzlicher Planstellen des höheren Dienstes »schleierhaft«. Hätte Frau Lemke nicht jemand auf das Groteske und Absurde ihrer Reden und Forderungen hinweisen können?

Wer oder was tatsächlich geschützt werden soll, geht aus einer Pressemitteilung des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit vom 15. September 2005 hervor: »Die Schutzgebiets-Verordnungen schaffen jetzt Rechtssicherheit für die wirtschaftliche Nutzung der Gebiete. Dabei gilt grundsätzlich: Aktivitäten, die die Gebiete in ihrem Wert für die geschützten Arten beeinträchtigen, sind nach den

Schutzgebietsverordnungen unzulässig. Windräder, Unterseekabel oder die Gewinnung von Bodenschätzen dürfen beispielsweise erst nach einer Verträglichkeitsprüfung zugelassen werden. »Der Nutzungsdruck auf die Meere wird zunehmen. Deshalb ist es erforderlich, Schutz- und Nutzungsinteressen gut gegeneinander abzugrenzen. So haben wir beispielsweise bereits im Jahr 2004 festgelegt, dass Windenergieanlagen in den Schutzgebieten keine Einspeisevergütung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz erhalten können. Damit werden diese Anlagen in ökologisch weniger sensible Bereiche gelenkt«, sagte der Bundesumweltminister« – damals immerhin der Grüne Jürgen Trittin.⁹⁶

Die Entstehung des Naturschutzgedankens ist aus den Brüchen im bürgerlichen Bewusstsein des frühen 19. Jahrhunderts zu erklären, das auf die sozialen und technischen Umwälzungen des Kapitalismus mit einer romantischen Sehnsucht nach Harmonie und Ästhetik reagierte und eine missverständlich aufgefasste Welt erhalten wollte. Wir folgen hier den Gedanken, die Klaus-Dieter Hupke in seinem klugen und lesenswerten Buch *Naturschutz. Ein kritischer Ansatz* von 2015 ausführt. Er schreibt: »Man kann aus der Entstehungsgeschichte des Begriffs Naturschutz zum einen verstehen lernen, dass selten (im europäischen Rahmen: niemals) eine »unberührte Natur« als Zielvorstellung gemeint ist. Und zum zweiten, dass visuelle und ästhetische Wahrnehmungsgrundlagen, individuell-subjektiv oder gesellschaftlich-intersubjektiv, eine große Rolle spielen. Dabei hat sich insbesondere das Bild einer traditionell überbrachten Agrarlandschaft in den Köpfen sehr verfestigt. Diese traditionelle Agrarlandschaft zu erhalten ist auch heute noch das oft uneingestandene Ziel von Naturschutz in Mitteleuropa. Diese soll selbst dann noch erhalten bleiben, wenn sie sich sozial, ökonomisch und technisch überlebt hat. Dass dies heute pro Flächeneinheit größeren Arbeitsaufwand und damit Kosten verursacht als die eigentliche (moderne) Agrarproduktion, ist das eigentliche Problem des Naturschutzes. Naturschutz versucht, auf eine kurze Formel gebracht, das Alte zu erhalten, und ist somit ideengeschichtlich betrachtet etwas sehr Modernes.«⁹⁷

Die Sehnsucht nach einer »traditionell überbrachten Agrarlandschaft« ist verständlich und auch angemessen angesichts der grenzenlosen Zerstörung der Kulturlandwirtschaft. Der Mensch lebt nicht vom Brot allein,

sondern auch vom Wohlbefinden in einer als vertraut und naturnah empfundenen Welt. Diese stellt sich nur in den Köpfen und auf den Konten der Agrarprofiteure als sozial, ökonomisch und technisch überlebt dar, da sie aufgrund ungleicher Wettbewerbsbedingungen und ungerechtfertigter Subventionen mit ihrer extrem dummen und rücksichtslosen Vergiftungsstrategie das Wohlergehen der Menschen völlig aus dem Blick verloren haben.

Neben Naturschutzgebieten, deren Schutzzumfang jeweils individuell geregelt wird – er schließt agrarische und forstliche Nutzung nicht aus –, existieren weitere Schutzgebiete: Nationalparks, Naturparks sowie Naturdenkmäler und Landschaftsschutzgebiete.

Nationalparks unterliegen in ihren Kernbereichen »den strengsten Naturschutzbedingungen« und dürfen ohne besondere Genehmigung nicht betreten werden.⁹⁸ In Deutschland gibt es heute 16 Nationalparks, die zusammen eine Fläche von über einer Million Hektar aufweisen. Ohne Berücksichtigung der Meeresgebiete sind es nur noch rund 215.000 Hektar – das entspricht gerade einmal 0,6 Prozent der terrestrischen Fläche Deutschlands.⁹⁹ Da aus Nord- und Ostsee kaum noch ein Heringschwanz herausgezogen werden kann, fällt es umso leichter, die großen Meereswasserflächen zu Nationalparks zu erklären. Das ist ein rückstandsfreier Naturschutz, bei dem man der chemischen Industrie und den Agrarvergiftern nicht wehtun muss und der sich außerdem sehr gut ins Umwelt-Showbusiness einordnen lässt.

Naturparks hingegen sind »nicht viel mehr als eine Art Mogelpackung, die eher ein touristisch wirksames Etikett als einen bestimmten Schutzstatus transportiert«. ¹⁰⁰ In Deutschland gibt es 105 Naturparks mit über zehn Millionen Hektar Fläche – über 28 Prozent der Landfläche Deutschlands. Ihr Flächenanteil hat in den 20 Jahren zwischen 1998 und 2017 um 42 Prozent oder drei Millionen Hektar zugenommen. Nur etwas mehr als die Hälfte der Flächen sind jedoch als Schutzgebiete ausgewiesen, nur fünf Prozent als Naturschutzgebiete.¹⁰¹

Naturdenkmäler und Landschaftsschutzgebiete versprechen so gut wie keinen Schutz. In ihnen »sind die Nutzungsmöglichkeiten von Land- und Forstwirtschaft nur wenig eingeschränkt und der Schutz von Natur ist nachrangig«. ¹⁰²

Die Intensität der Schutzauflagen steht in einem umgekehrt proportionalen Verhältnis zur Größe der geschützten Flächen: »Je intensiver und strenger die Schutzauflagen einer bestimmten Schutzkategorie sind, desto kleiner werden im Allgemeinen die ausgewiesenen Flächen sein.«¹⁰³ Wir übergehen deshalb weitere existierende Schutzformen, weil sie alle zusammen im Vergleich mit den landwirtschaftlich vergifteten Flächen eine so geringe Ausdehnung haben, dass sie für einen wirklich effektiven Schutz der Natur kaum infrage kommen. Sie sind alle Elemente des Showbusiness »Naturschutz«, der im Wesentlichen den Eindruck erweckt, die Natur könnte in separaten kleinen Gebieten geschützt werden, während der Blick von der tatsächlichen Vernichtungskampagne weggeleitet wird. Ein echter Naturschutz nämlich müsste die Kulturflächen mit einbeziehen.

Blühstreifen & Co.:

»Ich hab' noch einen Koffer in Berlin«

»Blühstreifen bzw. -flächen«, so liest man auf der Website der Landwirtschaftskammer Nordrhein-Westfalen, werden angelegt durch streifenförmige oder flächige Einsatz geeigneter Saatmischungen auf Ackerflächen, entweder an der Schlaggrenze oder auch innerhalb eines Schlags. [...] Die Maßnahme kann sowohl als Agrarumweltmaßnahme als auch im Rahmen des Vertragsnaturschutzes gefördert werden. Blühstreifen/-flächen sind im Rahmen des Greenings auch als Ökologische Vorrangflächen anrechenbar. Der Fördersatz der Agrarumweltförderung von 1200 €/ha wird dann allerdings um 380 €/ha gekürzt.«¹⁰⁴

Landwirte sehen Blühstreifen kritisch wegen der vorgegebenen Aussaatfristen, die sie als zu früh empfinden. 2018 war dieser Termin in Niedersachsen wegen der Witterungsverhältnisse vom 15. auf den 30. April verlegt worden. »Anscheinend beharre ein Ministerialbeamter im Landwirtschaftsministerium zum Schutz brütender Vögel darauf, dass am Ackerrand möglichst frühzeitig Ruhe einzukehren habe. »Dabei darf selbst in Naturschutzgebieten das Grünland noch bis 15. Mai gemäht werden«, ärgert sich [Landvolk-Geschäftsführer] Bommes. Der 15. Mai wäre ein guter Kompromiss, der 31. Mai ein Wunschtermin.«¹⁰⁵

Für eine biologische Vielfalt ist es dagegen notwendig, eine möglichst die ganze Vegetationsperiode abdeckende Ruhezeit auf einer Fläche zu

sichern und auch in der übrigen Zeit nur begrenzte Eingriffe zuzulassen sowie die Maßnahme langfristig anzulegen. In der Realität sieht es jedoch anders aus: Nur 30 Prozent des Aufwuchses muss bis zum 15. Februar des Folgejahres stehen bleiben. Ein Landwirt, der in dem oben zitierten Artikel zu Wort kommt, »hat die Blühstreifen bevorzugt dort angelegt, wo der Untergrund schwierig oder ohnehin nicht so ertragreich sei. Den Mais braucht er nun mal für die Grundfuttermittellieferung des Milchviehs. Die mittlerweile üblichen Blühmischungen aus zugelassenen Arten wie Sonnenblume, Ringelblume, Lupine, Wicke, Rainfarn-Phacelie, Malve und Klee seien aus betrieblicher Sicht unbedenklich: Sie sind längst nicht so dauerhaft wie etwa der Klatschmohn, frieren im Winter tot; eine Selbstaussaat bekomme man nötigenfalls gut in den Griff.«¹⁰⁶

Diese Realitäten machen es zweifelhaft, ob die Blühstreifen einen realen Beitrag zur Sicherung der Biodiversität und eines Gleichgewichts in der Natur- und Kulturlandschaft leisten oder ob sie nicht eher Teil einer Imagekampagne für die industrielle Landwirtschaft sind sowie eine besondere Form der Subventionierung dieser Industrie.

Die Blühstreifenaktivisten in Verwaltung und Landwirtschaft, die allerorten die Natur zu retten versuchen, indem sie Blühstreifen anlegen, erinnern an die Vergeblichkeit von Wünschen und die Melancholie der Hoffnungslosigkeit und Vergänglichkeit. »Die Seligkeiten vergangener Zeiten sind alle noch in meinem kleinen Koffer drin. Ich hab noch einen Koffer in Berlin. Der bleibt auch dort und das hat seinen Sinn. Auf diese Weise lohnt sich die Reise, denn wenn ich Sehnsucht hab, dann fahr ich wieder hin.« Die Beschwörung vergangener Zeiten in Hildegard Knefs Chanson wird diese ebenso wenig in die Gegenwart transportieren wie die Beschwörung einer intakten Natur durch die Überhöhung von »Blühstreifen«.

Natürlich ist es besser als gar nichts, wenn die Seitenstreifen von Wegen und Straßen nur mäßig und nicht zu früh gemäht werden und wenn dort prinzipiell eine gewisse Vielfalt von Pflanzen und Tieren eine Lebensgrundlage erhält. Wird aber dadurch nicht der Blick auf die Peripherie gelenkt, während die Hauptverursacher der Misere – allen voran die industrielle Landwirtschaft – sich bedeckt halten können, weil die kritischen Menschen sich auf Blühstreifen konzentrieren?

Die Artenvielfalt verschwindet. Und Politik und Zivilgesellschaft scheinen zu reagieren: Volksbegehren werden gestartet, Blühstreifen sollen Insekten helfen, zahllose Menschen versuchen sich als Hobbyimker. Sind wir also auf dem richtigen Weg? Anne und Eberhard Schneider sagen: nein! Denn die Betriebsamkeit verbirgt nur, dass die Profiteure des Verlusts der Biodiversität genauso weitermachen wie bisher.

Schonungslos zeigt das Buch, welche Interessen hinter der Zerstörung der Natur stehen und wie Profitgier und Borniertheit einen nachhaltigen Schutz der Artenvielfalt verhindern. Und es macht deutlich, was wir tun müssen, um Insekten und Spinnen zu retten. Mit Blühstreifen jedenfalls ist es nicht getan.

Wunderbare Naturfotografien veranschaulichen dabei, dass wir mit der Artenvielfalt nicht nur unsere Lebensgrundlage, sondern auch eine unermesslich vielfältige Welt von berückender Schönheit zu verlieren drohen.

Anne und Eberhard Schneider sind beide 1949 geboren und lernten sich 1969 zu Beginn ihres Studiums in Göttingen kennen. Nach dem Abschluss des Studiums waren sie als Lehrer tätig. Ihr besonderes Interesse galt immer der Natur, besonders in den skandinavischen Ländern. In Schweden hatten sie seit 1998 eine zweite Heimat gefunden. Im Jahr 2019 starb Anne Schneider an einer schweren Erkrankung.